

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 9/18

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Ist die Stadt Mülheim von fast allen guten Geistern verlassen?!

Dass die bisherige Weltordnung an immer mehr Stellen aus den Fugen gerät, ist eine Sache. Doch das rechtfertigt nicht das aufgeregte Durcheinander, mit dem sich Politik und mainstream-Medien in Deutschland zur Zeit ereifern. Die Vorgänge in und um Chemnitz z.B. wurden von allen Seiten her überdreht und vertieften die Spaltung der Gesellschaft. Allerdings kam das anscheinend auch gelegen als Ablenkungsmanöver von wirklich zu lösenden Problemen wie z.B. der notwendigen Grundsteueränderung, Plänen für PKW-Maut oder der überfälligen Streichung bzw. Änderung des Soli Ost, ganz abgesehen von den riesigen Folgeproblemen der unregulierten Massenzuwanderung. Das Berliner Durcheinander könnte von Mülheim sogar noch lernen, denn die Ruhrstadt scheint als eine Art Vorreiterstadt demonstrieren zu wollen, wie bei immer weiter beschleunigtem Zerfall von Demokratie, Rechtsstaat, Finanzen oder Solidarsystemen dennoch der Anschein hoch gehalten wird, dass alles sich irgendwie und irgendwann von selbst bessert, ohne dafür etwas ändern zu müssen. Hauptsache die Menschen sind untereinander zerstritten.

Spendenaufruf für leider nötige Gerichtskosten zum VHS-Erhalt

Wie zu befürchten war, muss selbst die Zulässigkeit des von großen Teilen der Mülheimer Bevölkerung unterstützten Bürgerbegehrens zum VHS-Erhalt erst noch vor Gericht erstritten werden. Mehr dazu auf Seite 6. Dafür und für den danach folgenden Bürgerentscheid an der Wahlurne braucht die Bürgerinitiative Geld.



Deshalb rufen die MBI zu Spenden für den Kampf um unsere VHS auf. Um Spendenquittungen zu ermöglichen, hat die MBI-Wählergemeinschaft nur dafür ein Sonderkonto eingerichtet, und zwar unter IBAN DE 82 3606 0591 0010 9334 16

Lasst die Mülheimer Bevölkerung entscheiden, ob das denkmalgeschützte VHS-Gebäude am MüGa-Rand in Zukunft wieder als Volkshochschule genutzt werden soll oder ob das Denkmal durch Untätigkeit mutwillig zur Ruine gemacht wird!

Chaos pur in Mülheim-Ruhr, Bspl. öffentlicher Nahverkehr!

Kämmerer Mendack holte einen alten, verstaubten Vorschlag seines Vorgängers wieder aus der Schublade: Den sukzessiven Umstieg von Straßenbahnen auf Busse. Bereits vor ein paar Jahren hatte der damalige Kämmerer und heutige Geschäftsführer der Ruhrbahn, Uwe Bonan, für diesen Weg plädiert. Für viele Millionen Elektrobusse neu anschaffen wollen, aber die existierende E-Mobilität stilllegen? **Von wegen Verkehrswende!!** Diese beiden Kämmerer aus dem SPD-Filz trieben und treiben die bankrotte Stadt von einem Irrweg in den nächsten und immer tiefer in die Hyper-Verschuldung! **Infrastrukturplanung gehört im Ruhrgebiet übergreifend geplant. Flickenteppichplanung vor dem Hintergrund der desaströsen Finanzen der Städte macht schon länger keinen Sinn mehr. Und überhaupt nicht darf man diese zukunftssträchtige Diskussion einem Kämmerer überlassen. Es gibt nur einen sinnvollen Weg aus der ÖPNV-Krise im Ruhrgebiet: Die Fusion aller Kirchturms-Verkehrsgesellschaften mit nur einem gemeinsamen Nahverkehrsplan!**

Auf den folgenden Seiten:

- Das schier endlose und sehr teure Chaos mit der Thyssenbrücke, unfassbar! S. 2
- Tag des Denkmals wegen des Versuchs der VHS-Zerstörung ein "Tag der Schande" für Mülheim..... S. 3
- Mausetote CO-Pipeline vom RP nun wiederbelebt? Nicht wirklich! S. 3
- "Politiker zwischen den Fronten" - Auszüge aus dem WAZ-Interview mit dem MBI-Sprecher..... S. 4

Einlegeblatt: Entgleiste Mülheimer Ratssitzung als Ausdruck tiefer Ratlosigkeit? Und: Bürgerbegehren zum VHS-Erhalt unzulässig? Mitnichten!

Das schier endlose Chaos mit der Thyssenbrücke, unfassbar!



Mitteilung der Verwaltung im Rat der Stadt am 30.08.2018, öffentlich

Ausbau Oberhauser Straße und Neubau Thyssenbrücke Aktueller Baufortschritt an der Brücke:

Die aneinandergeschraubten Stahlträger wurden gelöst, der Schraubenstoß durch Stahlkeile aufgeweitet und die Verbindung bei der Neuverschraubung verstärkt.

Die Stahlträger wurden dann am 10.08.2018 in die Fahrbahnplatte der Brücke einbetoniert. Die seitlichen Kragarme für die Gasleitung wurden Mitte August ergänzt. Derzeit werden die Gehwegbereiche abgedichtet und die Geh- und Radwege auf der Brücke hergestellt. Nach deren Fertigstellung können die weiteren Arbeiten für die Gasleitung unter dem südlichen Gehweg beginnen.

Stand Bauzeitenplan:

Für den Längsvorschub der Gasleitung muss die alte Brücke ab dem 14.09.2018 gesperrt werden und hinter dem östlichen Widerlager ein 3 m breiter Graben ausgehoben werden, von dem aus die ca. 20 m langen Rohrstücke montiert werden. Diese Arbeiten müssen am 12.10.2018 abgeschlossen sein. Zeitgleich erfolgen die Arbeiten zur Herstellung der neuen ca. 500 m langen Straßenbahntrasse. Mit dem Beginn der Herbstsperrpause der DB Netz AG am 13.10.2018 wird die alte Brücke zurückgebaut werden.

Verkehrsunterbrechung:

- Ab 14.9.2018 beginnt die Vollsperrung an der Thyssenbrücke. Für die Straßenbahnlinie 112 wird ein Schienenersatzverkehr zwischen Mülheim West und Oberhausen Sterkrade eingerichtet. Ziel ist es, dass die Straßenbahn ab dem 29.11.2018 über die neue Brücke fahren kann.
- Individualverkehr wird wie bei der bereits vorhandenen LKW - Umleitung um die Baustelle geleitet.
- Für Fußgänger und Radfahrer gilt wie bisher die Umleitung über die Siegfriedbrücke.

Die Verkehrsunterbrechung vom 14.9.-29.11.2018 umfasst damit 2,5 Monate.

Anm. MBI: In Kürze beginnt die nächste Großbaustelle für den Kreisverkehr Eppinghofer/Bruchstr./Klöttschen. Chaos vorprogrammiert, Baustellenkoordination Fehlanzeige!

Stand der rechtlichen Auseinandersetzung:

Das durch das Büro HRA, Prof. Hanswille zu erstellende Gutachten, wem welche Schadensanteile anzulasten sind, ist noch nicht abgeschlossen. (Dr. Dobelmann ist im Urlaub) Die Nachträge zur Mängelbeseitigung und Beschleunigung werden nach der Übergabe weiterer Unterlagen nochmals vom Büro MWP, Prof. Mittschein Wischerhoff und Partner geprüft. Eine zweite Ergänzungsvereinbarung konnte noch nicht einvernehmlich mit dem Auftragnehmer abgestimmt werden. Es liegen mittlerweile durch die Baufirma insgesamt 194 Behinderungsanzeigen, Bedenkenanzeigen, Mehrkostenanzeigen und Nachträge vor.

Kostenplanung:

Der bisherige Kostenrahmen von 25 Mio. € (*Anm.: Zuerst warv on 14 Mio. die Rede!*) muss ergänzt werden um die Nachträge zur Mängelbeseitigung und Beschleunigung (3,1 Mio. €), die zusätzlichen Kosten aus dem durch die Mängelbeseitigung hervorgerufenen, längeren Schienenersatzverkehr (650.000 €) und die Unterstützung durch externe Büros (100.000 €). Insgesamt steigen damit die Baukosten wohl auf 29 Mio. €. Da die Mängelbeseitigung von den Schadenverursachern zu tragen ist, würde sich dadurch der Betrag nicht erhöhen, den die Stadt zu tragen hat.

Wegen früherer Bauverzögerungen hätte die Stadt ohnehin noch eine Beschleunigung finanzieren müssen. Diese Kosten werden jetzt durch die Mängelbeseitigungsmaßnahme überlagert. Ob die Stadt dadurch von Mehrkosten befreit ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Aufgrund der vorgenannten, laufenden Untersuchungen und weiterer, noch nicht abgeschlossener Nachtragsverhandlungen ist die Benennung der exakten Gesamtkosten und der städtischen Beteiligung nach heutigem Stand nicht möglich. Daher kann derzeit auch nicht eingeschätzt werden, ob sich der städtische Kostenanteil weiter erhöht.

Tag des Denkmals wegen des Versuchs der VHS-Zerstörung ein "Tag der Schande" für Mülheim

Der Tag des Offenen Denkmals am 9. September war Teil des „Europäischen Kulturerbejahrs 2018“, das EU-weit ausgerufen worden ist. Die Idee stammt ursprünglich aus Frankreich, 1991 griff sie der Europarat auf: Historische Bauten und Stätten in Europa sollten einmal pro Jahr auf besondere Weise präsentiert und den Bürgern kostenlos zugänglich gemacht werden. Auch 2018 soll die Traditionsveranstaltung wieder viele Architektur- und Geschichtsliebhaber anlocken. „Entdecken, was uns verbindet“ heißt das Motto. Neun Denkmäler konnte man in Mülheim besichtigen. Aber eines fehlte:

Das missachtete, verrammelte Juwel der VHS in der MüGa.

Dieses Denkmal wurde überfallartig im letzten September seiner Funktion beraubt und gammelt seither abgesperrt vor sich hin. Verwaltung und Ratsmehrheit wollen anscheinend dort keine VHS mehr. Die Vermutung liegt nahe, dass das hoch attraktive Grundstück auf Dauer für Immobilienspekulanten verkaufbar gemacht werden soll. Bis dahin lässt man mutwillig das denkmalgeschützte Gebäude verkommen, bis man es auf Dauer abreißen darf und kann.

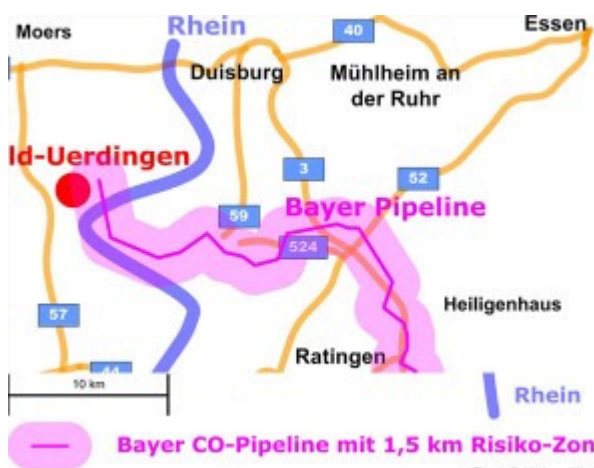
Ein Riesenskandal! Es ist bereits der 3. Angriff auf diese VHS in der MüGa in nur 4 Jahren!

Zur Erinnerung:

Mitte 2014 sollte die VHS für eine Sparkassenakademie weichen, der Abrissantrag war gestellt und die B-Planänderung eingeleitet. Ende 2015/Anfang 2016 sollte die VHS in den Gebäudekomplex verlagert werden, der auf dem ehemaligen Kaufhofareal entstehen sollte zusammen mit Altenwohnungen, Muckibuden u.ä.). Beides scheiterte, doch der Abrissantrag für die VHS in der MüGa wurde bis heute nicht eingestampft, anders als die B-Plan-Änderung. Im Feb. 2017 wurde die VHS auf Grundlage des LVR-Gutachtens vom 12.9.16 endgültig in die Denkmalliste eingetragen, nachdem die Stadt Mülheim über 2 Jahre lang alles versucht hatte, die Unterschutzstellung zu verzögern und zu verhindern.



Mausetote CO-Pipeline von Bayer durch den RP wiederbelebt?



In der WAZ am Samstag, dem 25. August, war im Mülheimer Lokalteil eine fast ganzseitige "Öffentliche Bekanntmachung" des RP über "die Erteilung eines Planänderungsbeschlusses (CO-Pipeline) vom 10.08.2018 an die Covestro Deutschland AG".

Wie bitte, fragte man sich: War dieses heikle Bayer-Projekt nicht bereits vor Jahren u.a. daran gescheitert, dass das OVG auch vor einer Hauptverhandlung mehrfach deutlich gemacht hatte, dass die gefährliche und nicht beherrschbare Giftgasleitung nie in Betrieb gehen dürfte, weshalb das OVG jede vorzeitige Inbetriebnahme trotz bereits verlegter Pipeline verboten hatte? Auch in Mülheim, wo die Leitung entlang des südlichen Stadtrands durch Selbeck verläuft, hatte sich 2008 nach langem Zögern die Ratsmehrheit dem MBI-Antrag angeschlossen, die bereits verlegte Giftgas-Pipeline für unerwünscht zu erklären. Bayer und der RP wollten die Pipeline vorab in Betrieb nehmen, bevor das OVG entscheidet, und zwar per einstweiliger Verfügung beim VG Düsseldorf, das Bayer besser gesonnen war. Doch selbst das lehnte im Mai 2009 die heikle Geschichte ebenfalls ab! Sicherlich auch ein Erfolg des sehr breiten Widerstands, der sich im Landtag übrigens damals nicht widerspiegelte, wo SPD, CDU und FDP einst für die CO-Pipeline gestimmt hatten.

Sollten RP und die Bayer-Tochter Covestro nun 1 Jahrzehnt später versuchen, das mausetote Projekt der Giftgasleitung von Dormagen bis Uerdingen doch noch in Betrieb zu nehmen, **werden sie mit der Wiederauferstehung der zahlreichen Bürgerinitiativen rechnen müssen, ob in Düsseldorf, Erkrath, Hilden, Duisburg oder, oder, oder und sicherlich auch in Mülheim.**

"Politiker zwischen den Fronten - Integrationsbemühungen in Mülheim gefährdet!?" - WAZ-Interview mit dem MBI-Sprecher

Auszüge aus dem WAZ-Interview mit MBI-Fraktionssprecher L. Reinhard, WAZ vom 6.9.18:



MBI-Chef Lothar Reinhard fordert neue Schwerpunkte unter anderem in der Schul-, Haushalts- und Wohnpolitik.

Herr Reinhard, Sie gelten seit vielen Jahren als einer der größten politischen Kritiker in der Stadt. Was ist denn aus Ihrer Sicht in den vergangenen Jahren in Mülheim gut oder besser geworden?

Reinhard: Die Belebung der Freilichtbühne ist ein echtes Highlight. Auch dass die Alte Dreherei über Jahre mit so viel Einsatz zum Haus der Vereine umgebaut wird. Oder dass die Altstadt sich so gut entwickelt hat. Das sind aber auch alles Projekte,

bei denen sich Bürger in einem hohen Maß engagiert haben und es weiterhin tun.

Wird das Potenzial in der Bürgerschaft von der Stadt ausreichend genutzt?

Es wird zu wenig genutzt, leider. Es gibt dort viel Wissen, großes Know-how und eine große Bereitschaft, sich für die Stadt einzusetzen. Das sieht man ja auch an den zahlreichen Bürgerbegehren, die stattgefunden haben und stattfinden. Es ist vielen nicht egal, was in ihrer Stadt passiert.

Ihr Bündnis, die MBI, ist ja auch aus der Bürgerschaft heraus entstanden. Wo sehen Sie die Mülheimer Bürgerinitiativen nach nunmehr 19 Jahren?

Irgendwo zwischen allen Fronten. Wir haben damals gesagt, wir mischen so lange mit, bis sich in Mülheim vieles zum Besseren wendet.

Sehen Sie dafür Anzeichen?

Im Gegenteil. Es werden von vielen in Verwaltung und Politik die sich verändernden Realitäten nicht zur Kenntnis genommen. Die Schwerpunkte sind nicht richtig gesetzt. Es muss heute viel stärker darum gehen, wie wir die sich verändernde Stadtgesellschaft so in den Griff bekommen, dass sich keine Parallelgesellschaften entwickeln. Dabei geht es um Zuwanderung und darum, wie uns eine gute Integration gelingen kann.

Um Integration bemühen sich doch sehr viele Menschen in Mülheim.

Aber wie? Nehmen wir doch nur mal den aktuellen Kampf um die VHS. Das ist weit mehr als ein Kampf um ein städtisches Denkmal. Die VHS hat über Jahre sehr gute Integrationsarbeit geleistet, sie hat zwischen Kulturen vermittelt, sie hat unsere Werte transportiert. Diese VHS an diesem Standort aufzugeben, ist auch ein Schlag gegen die Integrationsbemühungen. Für mich ein großer Fehler. Sehen Sie, die Denkmalswürdigkeit dieses Baus bezieht sich ja auch auf die Funktionalität, die an dieser Stelle wirklich gut gelungen ist.

Nun gibt es einen Ersatz. VHS findet in den nächsten Jahren zunächst mal an der Aktienstraße statt. Warum soll dort die gute Arbeit nicht fortgesetzt werden können, bis die Politik sich für eine künftige Dauerlösung entschieden hat?

Das Gebäude dort ist zu klein. Das Umfeld ist ein völlig anderes. Dieser Standort bietet auch nicht diese Qualitäten für eine gute Kommunikation, wie es in dem Gebäude in der Müga möglich war und ist.

Bei der Spesenaffäre des Oberbürgermeisters haben Sie sich sehr zurückgehalten....

Für mich ist diese Affäre ein Ablenkungsmanöver der SPD von den viel größeren Problemen, die wir in der Stadt haben. Sie lähmt seit Wochen fast alles. Das Problem mit den Bewirtungsbelegen des OB hätte man längst intern klären und regeln können. Statt dessen befasst sich der Rat über Stunden mit sich selbst und greift die wahren Probleme nicht auf.

Als großes Problem steht jetzt der Haushalt 2019 auf dem Plan, und damit drohen weitere Einsparungen oder Verteuerungen. Wieder fehlen zehn Millionen Euro. Hätten Sie eine Lösung für die Krise? Seit zehn Jahren erzähle ich, dass es so nicht weitergeht. Unsere Vorschläge landen dann oft im Papierkorb.

Konkret, was würden Sie ändern wollen?

Brauchen wir eine städtische Gesellschaft wie die MST, die jährlich Defizite macht. Oder: Wir sollten im Ruhrgebiet dringend mehr Kooperationen eingehen. Auch weitere beim ÖPNV. Wir bräuchten eine Gesamtverkehrsgesellschaft für die Region, einen einheitlichen Nahverkehrsplan. Das hieße Kompetenzen und Posten abgeben, brächte aber mehr Qualität und würde helfen, unser riesiges ÖPNV-Defizit zu verringern.

Sie sagen, es werden falsche politische Schwerpunkte in Mülheim gesetzt, welche möchten Sie setzen?

Es muss dringend mehr preiswerter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Wir sollten nicht jedem Immobilienhai hinterherlaufen, der jede Grünfläche mit hochpreisigen Häusern zubauen möchte.

Entgleiste Ratssitzung als Ausdruck tiefer Ratlosigkeit?



Am 30. August war Ratssitzung in Mülheim, eigentlich nur zur Etateinbringung, denn um vom Land 31 Mio. Stärkungspaktmittel erhalten zu können, muss der Etat 2019 bis spätestens Ende Nov. verabschiedet sein. Hinzu kamen dann noch die Punkte Bürgerbegehren zum VHS-Erhalt, da im Juli bereits weit mehr als genug Unterschriften eingereicht worden waren, und das Dauerthema seit Mai der sog. OB-„Affäre“.

Haushaltentwurf des Kämmerers - Unseriös und perspektivlos!

Zum Etatentwurf 2019 gab es eine powerpoint-Präsentation des Kämmerers, aus der weder hervorgeht, wie der noch nicht genehmigte Etat 2018 denn nach Mendacks Aussage durch den für 2019 nachträglich genehmigungsfähig gemacht werden könnte (alleine das völlig unseriös), noch ob der Etat 2019 genauso wie die beiden vorhergehenden Haushalte bereits Makulatur ist, bevor überhaupt beschlossen. Jedenfalls dürfte bei derart perspektivloser Haushaltsführung das Land die zusätzlichen Stärkungspaktmittel nach den Vorschriften eigentlich nicht auszahlen. Ob aber die „Aufsichts“behörde noch einmal alle Äuglein zudrückt, wird man sehen. In der freien Wirtschaft wäre der „Konzern Stadt“ unrettbar aufzulösen und vom Insolvenzverwalter stückweise zu verkaufen. Zur Erinnerung: Mit 9600 € Pro-Kopf-Verschuldung absolute Nr. 1 in NRW, weit über 1 Milliarde Kassenkredite (privat heißt das Überziehungskredite) und als einzige Großstadt weit und breit sogar eine bilanzielle Überschuldung (=negatives(!) Eigenkapital) von inzwischen bereits über 570 Mio. € – bei insgesamt mindestens 2 Milliarden Gesamtverschuldung.



Das ist für deutsche Verhältnisse dramatisch, für griechische oder italienische Zustände dagegen konkurrenzfähig. Und dann ein Kämmerer, bei dem es schwerfällt zu glauben, er würde das überblicken, geschweige denn er hätte irgendein Lösungskonzept.

Aufgebauchte OB-"Affäre" als inszeniertes Ablenkungsmanöver?

Der gleiche Kämmerer war aber wesentlich beteiligt, die beiden anderen Problempunkte aus der Ratssitzung zu initiieren. Aus heiterem Himmel entfachte er im Mai zusammen mit dem anderen SPD-Dezernenten und der SPD-Fraktionsspitze die sog. OB-„Affäre“ mit öffentlich gemachten Beschuldigungen wegen angeblicher Veruntreuung durch den OB, ebenfalls SPD, über verhältnismäßig geringwertige, unzureichend dokumentierte Spesenrechnungen, was er als Kämmerer hätte klären und verbessern können und müssen. Über 3 Monate füllt der aufgebauchte Streit zwar immer neue Zeitungsseiten, doch immer noch ohne Substanz und Zielrichtung, außer “OB Scholten muss der Garaus gemacht werden” (Zitat aus der SPD-Fraktion in der WAZ). Die August-Sitzung hat das sogar noch unterboten.

Der Riesenskandal der versuchten VHS-Zerstörung, nächste Runde

Kein Ruhmesblatt war auch die Behandlung des VHS-Bürgerbegehrens davor. Zur Erinnerung: Auch die überfallartige Schließung der VHS wurde von den beiden SPD-Dezernenten Mendack und Ernst maßgeblich betrieben. Auf der facebook-Seite von Freunde der VHS Mülheim unter <https://de-de.facebook.com/RettetdieVHS/> ist folgender Bericht zu lesen

Heute war die Ratssitzung, unter anderem bezüglich der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Vorab:

- Überrascht es, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht eingeladen wurden?

- Überrascht es, dass die Ratsdamen und -herren der Einlassung des Herrn Steinfort folgten, keinem Vertreter der Bürgerinitiative ein Rederecht einzuräumen, weil irgendein Paragraph in der Gemeindeordnung das nicht hergibt?
- Überrascht es, dass die Bürgerinnen und Bürger, die gekommen waren, um diese Entscheidung zu verfolgen, geduldig warten mussten, bis das Thema Etat abgehandelt war, denn dem Antrag auf Vorziehung des Tagesordnungspunktes zur VHS stimmte der Rat auch nicht zu? Sollen die Bürger halt warten.

Was dann aber den einen oder anderen überraschte, war die Tatsache, dass die über 11.000 Bürger, die das Begehren in nur sechs Wochen unterschrieben haben, auf einmal entdeckt wurden. Sie wurden entdeckt, denn sie sind ja potentielle Wähler. Und 2020 sind ja Wahlen. So wurde diese Tatsache sowohl von den Grünen als auch vom BAMH entdeckt, denn bis auf deren Vorsitzenden Herrn Jochen Hartmann enthielten sich sowohl die Grünen wie auch die anderen 4 Mitglieder der BAMH -Fraktion bei der Frage, ob der Rat das Bürgerbegehren als zulässig erachtet.

Muss erwähnt werden, dass CDU und SPD (sind das eigentlich zwei verschiedene Parteien) und die FDP das Begehren für unzulässig hielten und auch ebenso votierten?

Perfide geht das Schauspiel weiter, respektlos vor dem Bürger und seinen Interessen.

Für heute sei hier nur erwähnt, dass Herr Spliethoff, der Vorsitzende der SPD Fraktion im Zusammenhang mit der Heinrich-Thöne Volkshochschule doch tatsächlich von Partikularinteressen sprach....

Noch Fragen bezüglich der Demokratie in Mülheim?

Aber keine Sorge, liebe Freunde der VHS, die Initiative klagt ihr Recht vor dem Verwaltungsgericht ein.

Bürgerbegehren zum VHS-Erhalt unzulässig? Mitnichten!



Das Bürgerbegehren zum VHS-Erhalt mit 11.000 Unterschriften in nur 2 Monaten wurde von der Mülheimer Ratsmehrheit für unzulässig erklärt. Der Verein "Mehr Demokratie" kritisiert dabei vor allem die unfaire und seines Erachtens "absurde" Fristbindung von Bürgerbegehren in NRW, anders als in anderen Bundesländern. Die Problemlage in Mülheim liegt unabhängig davon noch etwas anders.

Auch in NRW wird unterschieden zwischen kassatorischen und initiierenden (vorbeugenden) Bürgerbegehren. Erstere wollen eine Ratsentscheidung aufheben und dafür gelten die Fristen.

Vorbeugende Bürgerbegehren beziehen sich nicht direkt auf einen Ratsbeschluss und sind auch nicht fristgebunden. Der Rat beschloss am 7. Dez. vier alternative Möglichkeiten für zukünftigen VHS-Betrieb durch ein Gutachten untersuchen zu lassen. **Das VHS-Bürgerbegehren richtet sich nicht gegen dieses Gutachten.** Es will vielmehr, dass zum einen Gelände und Gebäude der VHS nicht veräußert werden und zum zweiten, dass das seit Feb. 2017 endgültig eingetragene Denkmal des VHS-Gebäudes erhalten wird, und zwar nicht nur architektonisch, sondern auch in seiner Funktionalität, was laut LVR-Denkmalbehörde untrennbar miteinander verknüpft ist. Zu beiden Punkten wurde im Rat am 7. Dez. nichts beschlossen. Deshalb hat die BI "Erhalt unserer VHS in der MüGa" das Bürgerbegehren auch als vorbeugendes und damit nicht fristgebundenes Begehren gestartet und eingereicht.

Die Stadtverwaltung behauptet, das Begehren richte sich zwar nicht ausdrücklich gegen den Ratsbeschluss, aber dem Geiste nach schon, sei deshalb kassatorisch. **Nur am Rande: Zur Erhaltung des Denkmals ist die Stadt gesetzlich verpflichtet!**

Nun wird das Verwaltungsgericht entscheiden müssen. Das VG hatte übrigens beim letzten Mülheimer Bürgerentscheid zur Hauptschule Bruchstr. die Stellungnahme der Verwaltung inkl. der zugehörigen Ratsbestätigung für nichtig bewertet und das Bürgerbegehren für zulässig erklärt, weshalb dann doch ein Bürgerentscheid durchgeführt werden musste.

Was gibt es in der Ruhrbaniastadt sonst noch Verwunderliches?

Die Stadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in NRW leistet sich "natürlich" noch mal eben den Bau einer teuren Dreifach-Sporthalle, demnächst auch den Neubau des Wennmann-Bades, wobei schwer zu verstehen ist, wie der womöglich überforderte Immobilienservice über Jahre eine Panne nach der anderen geschehen ließ. Trotz angeblicher Haushaltssperre werden wöchentlich neue Stellen ausgeschrieben, doch wen juckt es? Der kurzzeitige Leiter der Seniorendienste Rinas (Träger des Bundesverdienstkreuzes) muss doch tatsächlich 250.000 Euro Schadensersatz zahlen, die einst angesprochenen Korruptionsnetzwerke bleiben aber unter der dicken Mülheimer Filzdecke zumeist verborgen uswusfuswusuf.....